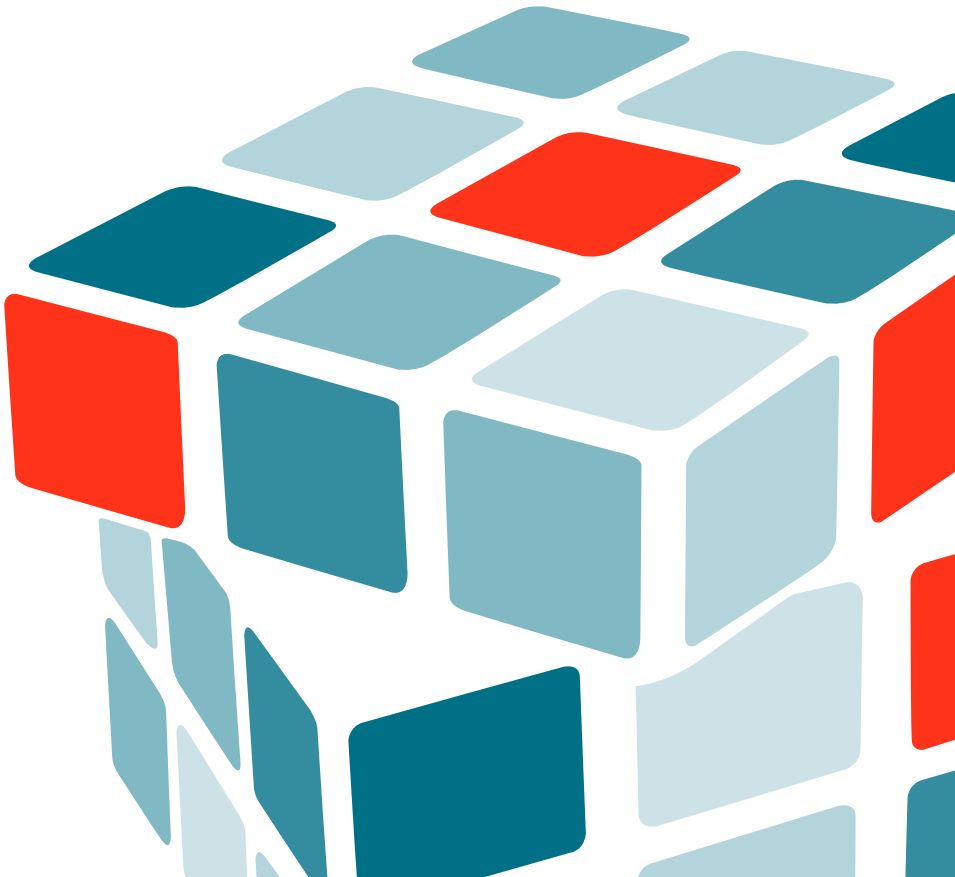


INTERNATIONALE POLITIK

SENEGAL EMERGENT: STATE BUILDING ZWISCHEN EMPIRE UND ISLAM

ARMIN OSMANOVIC



INHALT

Einleitung	2
1 Schwieriger Aufbruch (1940 bis 1970)	4
2 Von Krise zu Krise (1970 bis 2000)	8
3 Neue Versuche des Aufbruchs – von Omega zur Émergence	14
4 «Ils parlent sans conséquence»	19
Literatur	23

EINLEITUNG

Am 23. Februar 2012 landet das erste Flugzeug auf dem Rollfeld des sich noch immer im Bau befindenden internationalen Flughafens Dakar einige Kilometer außerhalb der senegalesischen Hauptstadt. An Bord des Airbus 319 ist Abdoulaye Wade, damals Präsident des Senegals. In seinem langen traditionellen Gewand, ganz in weiß, steigt er langsam die Treppen der Maschine hinab. Sein Sohn Karim, Minister für den Infrastrukturausbau, weitere Ehrengäste und eine jubelnde Menge empfangen den 86-Jährigen. Im Konvoi der schwarz lackierten Geländewagen fährt der Präsident davon, grüßt noch aus dem offenen Dach des Wagens die ihm im Laufschrift folgenden Menschen und lässt den Airbus auf dem staubigen Rollfeld zurück.

Drei Tage nach dieser Inszenierung zu Wahlkampfzwecken – bei der Wade als Vater des fortschrittlichen Senegals präsentiert wurde – sollte er dennoch bei der Präsidentschaftswahl mit nur 38 Prozent der Stimmen unterliegen. Einen Monat später verliert er die Stichwahl gegen seinen Herausforderer Chérif Macky Sall. Sein Sohn Karim, der ihm eigentlich als Präsident nachfolgen sollte, wird 2013 wegen Korruption verurteilt.

Abdoulaye Wade kam im Jahr 2000, getragen von großen Hoffnungen der senegalesischen Bevölkerung, an die Macht. Alles hatte für Wade eigentlich gut begonnen. Von Abdou Diouf, der seit 1981 das Land angeführt hatte, und seiner seit der Unabhängigkeit regierenden Parti Socialiste (PS) hatten die Menschen genug. Die Wirtschaftskrisen und die technokratischen Reformprogramme von Regierung und Geberorganisationen wie Weltbank und Internationalem Währungsfonds

(IWF) hatten die Wahlmaschine der PS, die 40 Jahre lang mithilfe der einflussreichen islamischen Bruderschaften ihre Macht konsolidiert hatte, zum Halten gebracht. Wade versprach den Menschen einen Neuanfang. *Sopi* (dt. Wandel) hieß sein Wahlslogan in der Landessprache Wolof.¹ Doch zwölf Jahre später regte sich erneut Unmut in der Bevölkerung. «Y'en a marre – uns reicht es» hieß eine Gruppe junger RapperInnen, die Teil der Bewegung M23 (*Mouvement du 23 Juin*, dt. Bewegung des 23. Juni) war und vor allem viele junge Menschen in Dakar auf die Straße brachte. «Y'en a marre» warf Wade Vetternwirtschaft und das Versagen bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ungerechtigkeit vor. Schließlich musste Wade abtreten und seit 2012 regiert Macky Sall das Land. Auch er hatte, wie Wade, einen guten Start. Sein technokratischer Plan für eine Modernisierung des Senegals und eine bessere Zukunft heißt «Plan Sénégal Emergent» (PSE).

Die hier vorliegende Analyse «Senegal emergent: State Building zwischen Empire und Islam» setzt sich mit dem Ringen der Regierenden um postkoloniale Selbstbestimmung sowie sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt in einer afro-islamischen Gesellschaft in der postimperialen Peripherie auseinander.

Teil 1 blickt zurück in die Zeit des Aufbruchs des jungen Staates aus den Resten des französischen Empires und einer von islamischen Bruderschaften bestimmten Gesellschaft. Im Mittelpunkt steht hier die Analyse der staatlichen Be-

¹ Wolof ist die Sprache der gleichnamigen ethnischen Gruppe im Senegal, der 49 Prozent der Bevölkerung angehören. Daneben gibt es die Peul (19 %), die Serer (14 %), die Diola (7 %), weitere Gruppen (5 %) und AusländerInnen, vor allem aus Frankreich (6 %).

mühungen, eine nationale Wirtschaft aufzubauen, die den Erwartungen und Hoffnungen der Menschen gerecht wird, um dem jungen Staat zur notwendigen Souveränität und Legitimierung vonseiten der Bevölkerung zu verhelfen.

Teil 2 untersucht die Krisen und Reformen der 1970er bis 1990er Jahre und ihre Auswirkungen auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Krisen- und Reformprozesse vollzogen sich in dieser Zeit in vielen afrikanischen Ländern. In diesem Abschnitt soll es vor allem darum gehen, die Spezifika des senegalesischen Weges zu erfassen und die Folgen der Krisen und Reformprogramme im gesellschaftlichen Kontext für die Souveränität der Regierenden zu bestimmen.

Teil 3 analysiert den «neuen Aufbruch» seit dem Jahr 2000, zuerst unter Wade im Zeichen des «Omega-Plans», danach unter Sall mit seinem «Plan Sénégal Emergent». Es wird untersucht, ob die Regierenden eine Stärkung des staatlichen Handelns anstreben, es ihnen um ein umfassendes Modernisierungsprojekt geht und ob damit Souveränität gegenüber nationalen und internationalen Akteuren (zurück-)erobert werden kann. Teil 4 diskutiert die Zukunft der Demokratie und den weiteren Aufbau einer nationalen Wirtschaft, deren wichtigste Grundlage ein Verfassungs- und Rechtsstaat ist, dessen Funktion nach innen und außen sich nicht in der des Gatekeeper-Staates erschöpft.

1 SCHWIERIGER AUFBRUCH (1940 BIS 1970)

Im August 1960 waren die Verhandlungen zwischen Senegal und Soudan, dem späteren Mali, über die seit 1959 bestehende gemeinsame Union gescheitert. Léopold Sédar Senghor hatte sich mit Modibo Keita, dem Präsidenten der Union aus Senegal und Soudan, überworfen. Keitas Vorgehen gegen die traditionellen Autoritäten missbilligte Senghor ebenso wie die Konfrontation mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich. Senghor hatte anderes vor: Er wollte die traditionellen *chefs locale*² in das Regierungsgeschäft einbinden – wie es schon die Kolonialmacht getan hatte – und nicht gegen sich aufbringen. Auch hoffte er auf Frankreichs Hilfe und wollte daher keineswegs Paris brüskieren. Modibo Keita und vor allem Sékou Touré, der als erster Präsident Guineas schon 1958 mit Frankreich gebrochen hatte, vertraten für ihn keine erstrebenswerten Modelle, obwohl er wie sie einen «Afrikanischen Sozialismus» für den Senegal im Sinn hatte. So fand sich Senghor als Präsident im Palais de la République in Dakar wieder, in dem bis 1958 der Generalgouverneur von Französisch-Westafrika residiert hatte. Was Senghor seit den Verhandlungen über die Zukunft des französischen Empires, die noch während des Krieges 1944 begonnen hatten, verhindern wollte – die Unabhängigkeit einzelner afrikanischer Territorien von Frankreich, eine «Balkanisierung» – war nun auch im Senegal Realität geworden. Einen Kleinstaat Senegal hielt Senghor für wirtschaftlich nicht lebensfähig. Als Katholik und Mitglied der Serer – einer ethnischen Minderheit im Land – konnte er sich nicht auf eine «natürliche» Anhängerschaft – weder eine Ethnie noch eine Religions-

gemeinschaft – bei der Ausübung seiner Macht stützen. Seine Stütze waren die islamischen Sufi-Bruderschaften: die Xaadir, die Tidjane und die Layennes, und vor allem die Mouriden.³ Die AnhängerInnen der islamischen Bruderschaften, die Talibee genannt werden und heute etwa 13 Millionen Menschen zählen (das entspricht einem Anteil von 87 Prozent), folgen ihren religiösen Führern (Marabouts) strikt, jedoch ohne unkritisch zu sein. Damit üben die Marabouts großen politischen und wirtschaftlichen Einfluss aus, auch im Alltag, etwa bei der Besetzung von Stellen oder der Vergabe von Aufträgen im öffentlichen Bereich und in der Privatwirtschaft. In der streng religiösen und hierarchischen Gesellschaft des Senegals zählt ihr Wort viel. Um ihren Einfluss weiß ein Fabrikbesitzer genauso wie ein lokaler Polizeichef und lässt daher höchste Vorsicht im Umgang mit ihnen walten. Die Marabouts mischen denn auch in der großen Politik mit, wie erst kürzlich geschehen bei der Entlassung von Karim Wade aus der Haft, um welche die Mouriden beim Präsidenten nachgefragt hatten.⁴

In der Wirtschaft des Landes sind vor allem die Mouriden präsent, während die Tidjane in Politik und Verwaltung besser vertreten sind. Die Mouriden kontrollierten schon in der Kolonialzeit den wichtigsten Exportsektor: die Erdnussölproduktion. Und nicht zuletzt war die Verwaltung der Kolonie zu einem wich-

² Unter einem *chef locale* oder einem *chef de village* versteht man eine lokale Autorität, die gegenüber der staatlichen Verwaltung die Interessen des Dorfes vertritt. Die Anforderungen an einen *chef locale* sind heute im Senegal rechtlich festgelegt. ³ Die wichtigsten Bruderschaften im Senegal sind: Tidjane (mit einem Anteil von 49% an den in Bruderschaften organisierten Moslems), Mouriden (31%), Xaadir (6%), Layenne (1%). ⁴ Die Familie Wade gehört den Mouriden an.

tigen Teil ihre Sache, da sie für die Eintreibung der Steuern mitverantwortlich waren. Die Kolonialmacht hatte mit den islamischen Bruderschaften nach einer Phase der militärischen Konfrontation den Ausgleich gesucht – nicht zuletzt, um die eigenen Ausgaben für Militär und Verwaltung zu senken. Französische Kolonialgouverneure waren selbstverständlich bei islamischen Festen wie der jährlichen Pilgerfahrt nach Touba zugegen und islamische Geistliche nahmen an den Paraden und Feierlichkeiten der Kolonialmacht teil. Islamische Bräuche und Gesetze wurden von den KolonialbeamtInnen respektiert und mit dem Laizismus Frankreichs, der eigentlich eine Trennung von Staat und Religion vorsieht, zur Erhaltung gesellschaftlicher Stabilität in Einklang gebracht. Touba, die Heilige Stadt der Mouriden, in der der Gründer der Mouriden, Amadou Bamba, begraben ist, wurde von der französischen Kolonialmacht gar zum extraterritorialen Gebiet erklärt.

Der postkoloniale Staat führte dieses Arrangement fort. Zwar verfolgte Senghor wie Keïta in Mali und Touré in Guinea einen «Afrikanischen Sozialismus», doch angesichts der Stärke der Bruderschaften im eigenen Land, ihrer fast uneingeschränkten Herrschaft über die Menschen im ländlichen Raum, suchte Senghor beim Aufbau seines Staates und bei der Sicherung seiner Macht und der seiner Partei lieber die Zusammenarbeit mit ihnen. Die Verständigung mit den islamischen Führern war *eine* Herausforderung – die andere Herausforderung, der sich Senghor stellen musste, war die Konfrontation mit Mamadou Dia. Dia, neben Senghor einflussreichster Politiker in der Regierungspartei, hatte ähnliche Pläne zum Umbau des Staates wie Keïta in

Mali. Parteisekretäre sollten den ländlichen Raum kontrollieren und die Macht der islamischen Geistlichen brechen. 1962 bereitete Senghor Dia und seinen Plänen auf autoritäre Weise ein Ende. Ohne vorherigen Prozess verschwand Dia für viele Jahre im Gefängnis.

Zur Absicherung seiner Macht setzte Senghor wie andere Machthaber im postkolonialen Afrika – nicht selten mit Billigung der alten Kolonialmacht – auf Autoritarismus. 1978 begann Senghor, ein kontrolliertes Mehrparteiensystem von drei Parteien wieder einzuführen. Und erst in den 1990er Jahren, lange nachdem Senghor seine Macht abgegeben hatte, kam es im Senegal wie auch in anderen afrikanischen Ländern in dieser Zeit auf Druck der Straße und der Geberländer zu einer Demokratisierung.

Nach der Unabhängigkeit waren die Regierenden darum bemüht, mit dem Aufbau einer nationalen Armee an eigener Souveränität zu gewinnen. 1965 betrug die Truppenstärke schon 4.000 Soldaten. Damals wurden 15 Millionen US-Dollar und damit immerhin 2,2 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP) für das Militär aufgewendet. Das entsprach den Ausgaben für den Gesundheitssektor, um den es im Kontext einer rasch wachsenden Bevölkerung genauso schlecht bestellt war wie dem Bildungssektor – beide Bereiche hatte die Kolonialverwaltung vernachlässigt.

Senegals Armee blieb lange in den Kasernen. Sezessionsbestrebungen, mit denen andere postkoloniale Regime in Afrika zu kämpfen hatten, blieben zunächst aus. In den 1980er Jahren begann jedoch der Konflikt in der südlichen Grenzregion Casamance, der bis heute andauert. Die bewaffnete Auseinandersetzung mit dem nördlichen Nachbarn

Mauretaniens fand zwischen 1980 und 1991 statt. Senegals Grenzregionen stellen ein Problem dar – nicht erst seit der nördliche Nachbar Mali im Jahr 2012 durch das Vordringen dschihadistischer Rebellen in sich zusammenbrach. Schon in der Kolonialzeit waren die Grenzregionen vernachlässigt worden; von dort breiten sich heute illegale Aktivitäten wie Drogen- und Waffenhandel aus und vermengen sich mit regionalen Konflikten. Senghor und seine Nachfolger sind denn auch bis heute auf die militärische Hilfe Frankreichs angewiesen – Frankreich unterhält im Senegal eine eigene Militärbasis. Selbst die Kontrolle des Seegebietes vor der senegalesischen Küste ist ohne die Hilfe der französischen Armee nicht möglich.

Souveränität und Wirtschaft

Der postkoloniale Staat suchte nicht nur nach militärischer Souveränität, er bedurfte auch einer inneren Verankerung. Mit der Leistungsfähigkeit, für seine Bevölkerung sorgen zu können, sollten auch Legitimität und Stabilität des Staates wachsen. Auf diesem Feld scheiterte der junge Staat jedoch, denn mit der Unabhängigkeit von Frankreich bekam der Senegal schwere wirtschaftliche Probleme. Mit damals nur drei Millionen EinwohnerInnen verloren die Unternehmen den gemeinsamen westafrikanischen Markt. Dakar, wo 1960 immerhin ein Drittel der SenegalesInnen lebte, büßte mit der Unabhängigkeit seinen Status als regionale Hauptstadt für Französisch-Westafrika ein. Denn Schritt für Schritt übernahm Abidjan in der Elfenbeinküste, wo die Wirtschaft durch den Boom der Kakaowirtschaft stark wuchs, die führende Rolle im Städtenetz des frankophonen Westafrikas. Zudem galt es, die großen

Erwartungen der Menschen, die von der Unabhängigkeit schnelle Verbesserungen erhofften, zu erfüllen.

Im letzten Jahrzehnt der Kolonialherrschaft hatte die französische Regierung nach vielen Jahren der Vernachlässigung und Ausbeutung seiner westafrikanischen Kolonien mit mehr Personal und Investitionen in die Infrastruktur sowie sozialen Verbesserungen und Steueranreizen für PrivatinvestorInnen einen «Entwicklungskolonialismus» verfolgt, der im Senegal und anderswo in der Region wirtschaftliche und soziale Fortschritte brachte. Mit diesem «Entwicklungskolonialismus», für den Senghor und andere damals selbst gekämpft hatten, versuchte Frankreich den wachsenden Forderungen nach Gleichberechtigung zu begegnen. Die Menschen in den Kolonien drängten darauf, nicht länger koloniale «Subjekte», sondern endlich gleichberechtigte «StaatsbürgerInnen» im französischen Empire zu sein – «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» lautete damals ihre Kernforderung. Der «Entwicklungskolonialismus» sollte aus Sicht der politischen Klasse in Paris das Versprechen auf wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt erfüllen und gleichzeitig die Kolonien in einem wie auch immer gestalteten französischen Empire halten.

Neue Ansprüche an Frankreich auf ein besseres Leben gab es zumal im Senegal seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Im Jahre 1916 wurde die Bevölkerung von vier Städten (*quatre communes*: Saint Louis, Dakar, Rufisque, Gorée) aus Dank für die Beteiligung am Ersten Weltkrieg zu französischen StaatsbürgerInnen, die Abgeordnete in die französische Nationalversammlung entsandten. Die Gleichbehandlung aller «BürgerInnen» Frankreichs hatte eine institutionell-rechtliche

Basis, welche die senegalesischen PolitikerInnen, zumal Senghor, zum Vorteil der senegalesischen Bevölkerung zu nutzen verstanden, da die damalige französische Regierung noch ein starkes Interesse daran hatte, die Kolonien im Empire zu halten. Dies sollte sich in der Folge ändern, nicht zuletzt deshalb, da man in Frankreich mehr und mehr über die steigenden Kosten besorgt war, die der «Entwicklungskolonialismus» in Afrika mit sich brachte.⁵

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit reagierte Senghor auf die Erwartungen der Menschen mit der Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor und dem Bau von Infrastrukturprojekten in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Viele der heute vernachlässigten Gebäude stammen aus dieser Zeit des Aufbruchs des jungen Staates, so auch das Stadium der Freundschaft in Dakar, das 1963 von Senghor eingeweiht wurde. Diese Form der Pazifizierung der postkolonialen Gesellschaft durch gesteigerte Staatsausgaben und die Etablierung der Regierungspartei als Machtfaktor neben den islamischen Bruderschaften überforderte alsbald die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes. Zudem begannen statt Kompetenz, Verantwortlichkeit und Initiative Mittelmäßigkeit und Misswirtschaft das Handeln von Staat, Verwaltung und Partei zu bestimmen, da Klientelismus, Vetternwirtschaft und Korruption um sich griffen.

Die Folge all dessen war eine rasch steigende Verschuldung, die schließlich Ende der 1970er Jahre in eine Abhängigkeit von den Geberinstitutionen mündete. Statt des erwarteten Unabhängigkeits-Booms und der Durchsetzung der formell mit der Unabhängigkeit erhaltenen Souveränität erlebte der Senegal in den ersten Jahren seiner Unabhängigkeit eine wirtschaftliche Stagnation und mit der Erdnusskrise von 1968 seine erste wirtschaftliche Krise. Auslöser der Krise war der Abbau der französischen Subventionen. Der Preis für Senegals Hauptexportgut sank um 25 Prozent. Dies war der Beginn des Verarmungsprozesses in den ländlichen Gebieten des Senegals und der Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte auf der Suche nach Arbeit. Bis heute hält die Migration in die explodierenden Städte an, in denen Arbeitsplätze jedoch weiterhin rar sind und die überforderte Verwaltung mit dem Aufbau der notwendigen Infrastruktur nicht nachkommt, sodass sich die große Mehrheit der Menschen im informellen Sektor der Städte und ohne anständige Basisinfrastruktur Tag für Tag ohne Hoffnung auf grundlegende Besserung durchschlagen muss.

Nach diesen ersten wirtschaftlichen Rückschlägen sollten noch viele weitere folgen. Durch diese wirtschaftlichen Misserfolge, durch Vetternwirtschaft und Verschwendung sollte die innere und äußere Souveränität des jungen Staates schnell an Kraft verlieren.

⁵ In Politik und Verwaltung Frankreichs sah man die Gleichberechtigung der kolonialen Subjekte aber auch aus rassistischen Gründen mit Sorge: Man sprach ihnen die Eignung als gleichberechtigte StaatsbürgerInnen ab.

2 VON KRISE ZU KRISE (1970 BIS 2000)

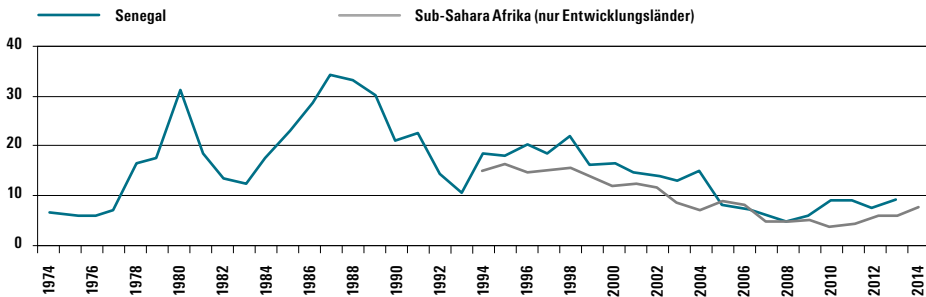
Neben dem eigenen Versagen wiegt das koloniale Erbe der politischen Elite bis heute schwer, denn der junge Staat war mit der Unabhängigkeit wirtschaftlich auf sich allein gestellt. Zudem hatte der Kolonialstaat nur schwach ausgeprägte staatliche Strukturen zur Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft hinterlassen. Die Zahl der VerwaltungsbeamtInnen war gering und es fehlten zum Beispiel auch die für eine staatliche Intervention notwendigen Statistiken über die eigene Bevölkerung. Bis heute sind viele Menschen im Senegal nicht über Geburtsurkunden registriert. Eine teure Bürokratie war nicht im Interesse der französischen Kolonialmacht gewesen. Frankreichs BeamtInnen waren an einer reibungslosen Exportwirtschaft und an einem günstigen Steuersystem interessiert, das lediglich für ausreichende Einnahmen zur Finanzierung der staatlichen Verwaltung zu sorgen hatte. Auch der Kampf gegen die Kolonialmacht zielte auf die Bürokratie und schwächte diese, indem man staatliche Erhebungen behinderte oder hintertrieb. Diese ablehnende Haltung hat sich wie anderswo, wo der Staat lange als fremd erschien, etwa in Südtalien, in der Gesellschaft festgesetzt. So kämpft der senegalesische Staat bis heute mit einem unzureichenden Steuersystem und einer wuchernden Schattenwirtschaft, in der das Bargeld regiert.

Frederick Cooper bezeichnet den aus der Kolonialzeit im Senegal und anderswo in Westafrika hervorgegangenen Staat als «Gatekeeper-Staat». Darunter ist ein Staat zu verstehen, der lediglich die Kontrolle der Ressourcenströme zur Finanzierung seiner Strukturen und der Metropole anstrebt, eine umfassende

Kontrolle der Bevölkerung etwa zur Rekrutierung für den Militärdienst und zur Entwicklungsplanung im Sinne einer umfassenden Gouvernamentalität, wie sie Foucault für die europäischen Staaten beschrieb, aber nicht verfolgt. Diese Funktionsweise ist für Cooper das Resultat der Kolonialisierung durch die europäischen Mächte, die Afrika zum Zwecke der Ausbeutung seiner Ressourcen erobert hatten, die annektierten Territorien aber aufgrund fehlenden Interesses und eigener Ressourcen nicht vollständig zu durchdringen beabsichtigten. Die geringe Zahl an BeamtInnen und die Übertragung staatlicher Funktionen an lokale Autoritäten sind Kennzeichen des Gatekeeper-Staates.

Senghor unternahm nur einen halbherzigen Versuch, den kolonialen Gatekeeper-Staat zu modernisieren. Sein «Afrikanischer Sozialismus» unterschied sich deutlich von anderen, weitergehenden Ansätzen, etwa in Tansania unter Präsident Julius Nyerere. Die Macht der islamischen Marabouts war im Senegal seit der Kolonialzeit so gefestigt, dass der postkoloniale Staat sich – wie schon der koloniale Staat – mit der politisch-religiösen Macht arrangierte. Gatekeeping nach senegalesischer Art konnte sich auf ein Kontrollsystem stützen, das dem Land eine im afrikanischen Vergleich – wo Umstürze und Putsche keine Seltenheit sind – größere Stabilität einbrachte. Mamadou Diouf hat für die außerordentliche Stabilität des Landes, für die Teilung der Macht zwischen Staat/Partei und den islamischen Bruderschaften den Begriff des Islam-Wolof-Sozialvertrags geprägt. Die Kehrseite dieses machtpolitischen Arrangements zwischen den traditio-

Abbildung 1: Anteil des Schuldendienstes in Prozent der Exporte an Gütern, Dienstleistungen und landwirtschaftlichen Produkten (1974–2014)



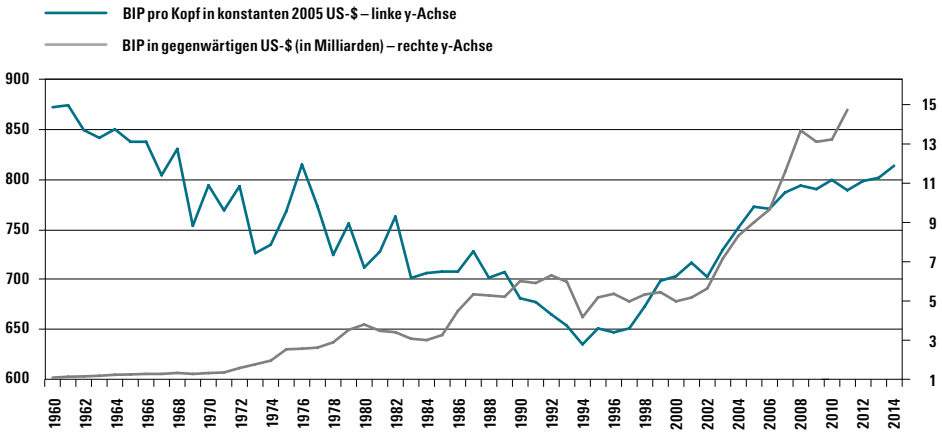
Quelle: World Bank 2016

nellen islamischen Führern und der Regierungspartei ist nicht zu übersehen: Beide haben den Staat zu ihrer Beute gemacht. Im Senegal bekommt derjenige recht, der sich in Partei oder Verwaltung oder bei den islamischen Geistlichen Einfluss organisieren kann. Viele Gebäude in Dakar sind denn auch ohne gültige Genehmigungen errichtet worden, da die BesitzerInnen sich die Papiere «erkauft» haben. Die Proteste von Jugendlichen, die im Frühjahr 2016 im Stadtteil Ouakam auf die Straße gingen, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen, gründeten auf einer solchen erschlichenen Baugenehmigung. Senegals «Sozialvertrag» wurde zum Problem, als die schnell aufeinanderfolgenden externen Schocks, die Dürrekatastrophen im Sahel (1972/73) und die Weltwirtschaftskrisen der 1970er und 1980er Jahre (Textilwirtschaftskrise) die finanziellen Grundlagen des Staates zerrütteten. Wie anderswo auch galt staatliche Souveränität im Senegal kaum noch etwas, wenn die Rechnungen nicht mehr zu bezahlen waren (siehe Abbildung 1).

Der Staat war erschüttert, das System der Pazifizierung der Gesellschaft gestört und die Machtbasis der Parti Socialiste erodiert. Senghor musste 1980 seinem Nachfolger Abdou Diouf Platz machen, der sich und seine Partei trotz der Krisen und harten Reformprogramme noch viele Jahre und ohne größere Unruhen oder politische Kämpfe an der Macht halten konnte, um dann im Jahr 2000 abgewählt zu werden. Was war Ende der 1970er Jahre geschehen? Mit der Möglichkeit eines Staatsbankrotts hatte man auch im Senegal nicht gerechnet. Die neuen Regierungen in den USA (Reagan) und Großbritannien (Thatcher) und die von ihnen kontrollierten großen Geberinstitutionen Weltbank und IWF, die noch in den 1960er Jahren eine staatliche Industriepolitik aktiv unterstützten, legten 1981 den Berg-Report vor: Afrika sollte nicht nur sparen und seine Schulden abbauen, Afrika sollte einen «neoliberalen» Totalumbau unternehmen.

Mit der beginnenden Öffnung der kommunistischen Länder hatten Afrikas Regierende ihr geopolitisches Gewicht

Abbildung 2: BIP pro Kopf in konstanten 2005 US-Dollar und BIP in gegenwärtigen US-Dollar (1960–2014)



Quelle: World Bank 2016

verloren. Dieses wog im Kalten Krieg schwer, da auch in Afrika die Systemkonkurrenz tobte. Im Senegal musste Senghor schon 1978/79 einem ersten Reformprogramm der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (Plan de Stabilisation) zustimmen, dem viele weitere folgen sollten. Ziel der durchgeführten Reformen in den Ländern, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten waren, war es, die hohen und häufig unproduktiven Staatsausgaben zu senken und die enge Verknüpfung zwischen Staat und Wirtschaft, die Vetternwirtschaft, zu durchbrechen.

Die Strukturanpassungsprogramme blieben, was das Wirtschaftswachstum anbelangt, viele Jahre ohne Erfolg. Im Jahr 1994 erreichte das senegalesische BIP pro Kopf seinen Tiefpunkt, als die Gemeinschaftswährung CFA-Franc um die Hälfte abgewertet wurde (siehe Abbildung 2). Trotz aller Versuche der west-

afrikanischen Staatschefs, dies zu verhindern, hatte Frankreichs Regierung Balladur sich der Argumentation von Weltbank und IWF für eine Abwertung angeschlossen. In der Folge kam es zu stark steigenden Preisen und einer Inflationsspirale, die im Senegal zu sozialen Protesten führte. Diouf ließ weitere Reformen folgen. Die Privatisierung der Staatsbetriebe SONATEL (Telekommunikation) und SENELEC (Energie) geriet zu einem Kampf verschiedener in- und ausländischer Einflussgruppen, die jeweils vorrangig ihre eigenen Interessen im Sinn hatten, auch wenn sie von «Wirtschaftspatriotismus» sprachen.

Die Folgen der Reformen sind bis heute spürbar. Die Einführung von Einschreibegebühren und Büchergeld an den Schulen des Landes und die Senkung der Gehälter für Lehrende haben das Bildungssystem genauso zerrüttet wie die fehlenden Investitionen in die völlig

überlaufenen Universitäten. Mit der Hilfe der Geberländer, die eine wachsende politische Instabilität fürchten, wird seit Mitte der 1990er Jahre versucht, staatliche Leistungen wieder anzuheben und verstärkt in das Bildungssystem zu investieren. Dieses leidet auch unter dem Erbe der Kolonialzeit. Ein Ausbau galt damals als zu teuer und stieß auf Widerstand in der Kolonialverwaltung. Die Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung galt den KolonialistInnen als «unzivilisiert». Nur eine kleine Zahl von ihnen wurde als assimilierungsfähig erachtet. Traditionelle Strukturen sollten konserviert werden, da sonst Überforderung drohe. Gegen die «Kolonialschulen» wandten sich auch die islamischen Autoritäten, da sie deren Lehrinhalte als unislamisch erachteten, zumal sie in Konkurrenz mit den eigenen Koranschulen, den *Daara*, standen.

Bis heute ist die Versorgung mit Schulen im Senegal unzureichend. Klassen sind überfüllt und Schulgebäude marode. Dazu kommen noch die wenig motivierten LehrerInnen, die wie ihre KollegInnen an den Universitäten seit Jahren für eine neue Gehaltsordnung kämpfen und daher häufig streiken. In den 1990er Jahren fielen ganze Schuljahre aus und auch heute sind lang anhaltende Streiks an der Tagesordnung. Seit damals steigen die Einschulungsraten; da jedoch viele Kinder nicht amtlich registriert sind, sind die offiziellen Zahlen zur Einschulung deutlich überzeichnet (siehe Abbildung 3). Die in Dakar überall präsenten Straßenkinder, von denen es in der Hauptstadt etwa 30.000 geben soll, sind nur das sichtbare Zeugnis dessen, dass der Staat die Schulpflicht nicht durchsetzt. Einer Studie von UNICEF zufolge gehen 600.000 Kinder im Senegal nicht

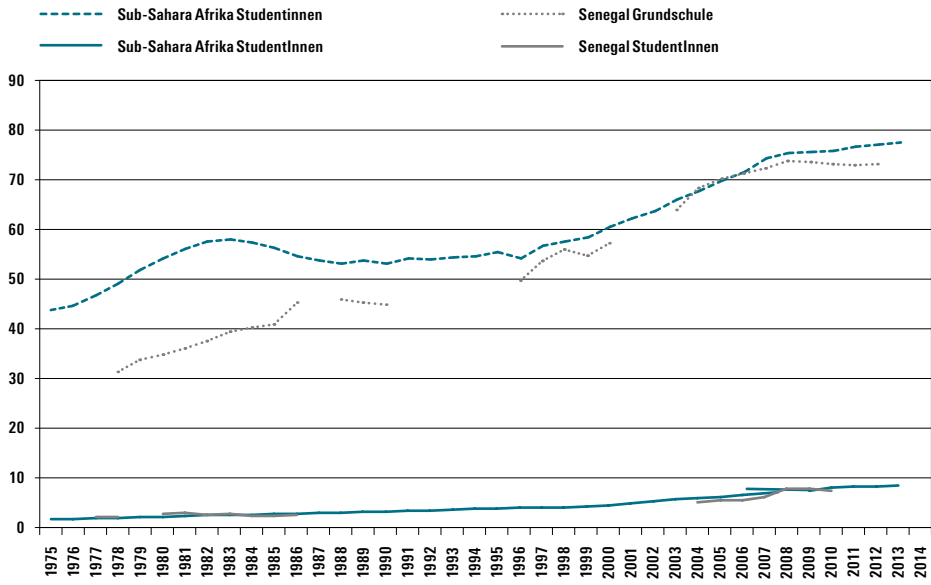
zur Schule, natürlich vor allem deshalb, weil es nicht genügend Schulen gibt, da der Bau neuer Schulen mit dem rasanten Tempo der Bevölkerungsentwicklung (3 bis 5 Prozent pro Jahr) nicht mithalten kann.

Die Strukturanpassungsprogramme haben aber nicht nur das Bildungssystem zerrüttet, sie bewirkten auch eine Informalisierung der Wirtschaft. Neben dem durch die Krise geschrumpften formalen Sektor, in dem bis heute nur 10 Prozent der ArbeitnehmerInnen tätig sind, verdingt sich die übergroße Mehrheit der Menschen als HändlerInnen oder HandwerkerInnen. Neben dieser informellen Ökonomie spielt die Schattenwirtschaft eine bedeutende Rolle. Illegale Aktivitäten wie Drogenhandel oder Geldwäsche haben in der Bargeldökonomie des Senegals leichtes Spiel, vor allem auch, da der Staat seine Landesgrenzen nicht zu schützen weiß.

Die Krise des formellen Sektors hat auch das Wirtschaften der islamischen Bruderschaft verändert. Mit der Krise der Erdnussproduktion Ende der 1960er Jahre (die erst in den 1990er Jahren endete) drangen die Mouriden in andere Wirtschaftsbereiche vor. Neben den libanesischen EinwanderInnen zählen sie heute zu den wichtigsten Handeltreibenden im Land und kontrollieren große Teile der Stadtökonomien – von der Taxi- und Transportwirtschaft bis zu neuen Großunternehmen wie Touba Oil.⁶ Touba, die heilige Stadt der Mouriden, zählte 1960 nur etwas mehr als 4.000 EinwohnerInnen und beherbergt heute eine Million Menschen. Die zweitgrößte Stadt Senegals profitierte enorm von der Netzwerkökonomie der Mouriden. Über die

⁶ Touba Oil wurde 2014 von Total aufgekauft.

Abbildung 3: Anteil der GrundschülerInnen und StudentInnen im relevanten Alter an der Gesamtbevölkerung (1970–2013)



Quelle: World Bank 2016

Grenzen des Senegals hinaus reichen ihre religiösen und wirtschaftlichen Verbindungen und sind dabei nicht nur auf das «alte» französische Empire beschränkt. Auch in Nordamerika und Italien haben die Mouriden Fuß gefasst. Von dort aus handeln sie alles, was die konsumhungrigen Menschen in Westafrika brauchen, wobei Touba den Mittelpunkt der Netzwerkökonomie bildet. Es fließen Millionenbeträge in den Senegal zurück, nicht nur als Rücküberweisungen an Familienmitglieder (dies betrifft viele Senegalesen, die wegen der Misere emigriert sind), sondern auch als *addiya* (Opfer) an die religiösen Führer zu Hause, von denen man im Gegenzug *baraka* (Segen), aber auch ganz konkretes «Coaching» in

Lebensfragen erhofft. Religiöse Videos, Bilder und Bücher werden rege und in Millionenumsätzen in und mit der Diasporagemeinschaft und auf den Straßen der Städte gehandelt. Religiöse Devotionalien und Bilder von Marabouts prägen denn auch in wachsendem Maße das Stadtbild.

Hilfreich für den Aufstieg der Stadt Touba war ihre noch vom Kolonialstaat gewährte Extraterritorialität, die eine Besteuerung durch den Staat lange unmöglich machte. Das rasante Wachstum der Stadt, deren Grund im Besitz der Marabouts ist und von den Talibeas für ihre Gefolgschaft zum Bau von Häusern und Gewerbebetrieben erhalten wird, machte es Anfang der 2000er Jahre notwen-

dig, eigene Steuern zu erheben. Darüber hinaus förderten die fortschreitende Geschäftstätigkeit und die Zusammenarbeit mit Geldinstituten die Steuererhebung, gegen die sich die HändlerInnen lange gewehrt hatten, da für eine Kreditgewährung eine Buchführung unumgänglich ist.

Die Krisen und Reformprogramme haben aber nicht nur die Informalisierung der senegalesischen Wirtschaft vorangetrieben und die Netzwerkökonomie der Mouriden in fast alle Bereiche der Volkswirtschaft und weit darüber hinaus vordringen lassen. Sie haben auch den Klientelismus zum Zwecke des Machterhalts der Parti Socialiste und der islamischen Bruderschaften an seine Grenzen geführt und dem Islam-Wolof-Sozialvertrag Risse zugefügt. Dort, wo Staat und Regierungspartei im stark wachsenden urbanen Milieu angesichts der Krise und fehlender Ressourcen die Kontrolle verloren, sind neue gesellschaftliche Akteure entstanden. Gruppen mit neuen politischen Projekten begannen in den 1990er Jahren, als die Demokratisierungsbewegung in Afrika um sich griff, neben den traditionellen Parteien und Gewerkschaften die gesellschaftliche Bühne zu betreten. Dies erfolgte sehr oft mithilfe ausländischer Geber, die die Demokratisierung

und die Förderung der Zivilgesellschaft in Afrika für sich entdeckten.

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind auch im Senegal wie Pilze aus dem Boden geschossen. Sie sind überall dort, wo der durch Krisen und Reformen durchlöchernte Staat nicht mehr oder nur noch wenig präsent ist. Eine effektive staatliche Kontrolle der Szene ist nicht erkennbar, vielleicht auch nicht gewollt, da man weiß, dass man das Vakuum nicht füllen kann oder will. Neben den NGOs ist eine neue Jugendbewegung entstanden, die schon bei den Wahlen 1988 nicht länger von den Marabouts politisch gelenkt werden konnte und im Jahr 2012 einen wichtigen Anteil am politischen Wandel hatte. Aber auch islamistische Gruppierungen mit Verbindungen ins Ausland konnten sich in den Bruchlinien des senegalesischen Sozialvertrags einnisten. Erst jetzt, aufgeschreckt durch den Zusammenbruch des nördlichen Nachbarn Mali im Jahr 2012 und den näher kommenden Attentaten islamistischer Terroristen, zeigt der Staat seine Macht und setzt Rädelsführer von islamistischen Bewegungen fest. Doch wie anderswo auch liegt die Macht dieser politisch-religiösen Gewaltunternehmer in der sozialen Welt des Senegals und weit darüber hinaus.

3 NEUE VERSUCHE DES AUFBRUCHS - VON OMEGA ZUR ÉMERGENCE

Am 19. März 2000 gewann Abdoulaye Wade die Wahl klar gegen den Amtsinhaber Abdou Diouf. Im In- und Ausland wurde der friedliche Wechsel nach 40 Jahren ununterbrochener Herrschaft der Parti Socialiste positiv aufgenommen und der Senegal als «Demokratiemodell» in Afrika gelobt. Am zweiten Tag nach seiner Wahl suchte Wade, selbst Mouride, den Großmarabout Serigne Saliou Mbacké auf. Diouf hatte vergebens auf eine öffentliche Unterstützung vonseiten der Mouriden gehofft, die seit Senghor an der Seite der Parti Socialiste standen. Deren Wahlerfolge beruhten in der Vergangenheit vor allem auf der Zustimmung der ländlichen Bevölkerung. Dakar hatte bereits in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl mehrheitlich für Wade gestimmt, doch auch auf dem Land konnte Diouf nicht genug Stimmen für sich organisieren, da Mbacké diesmal keine Wahlempfehlung für Diouf abgegeben hatte.

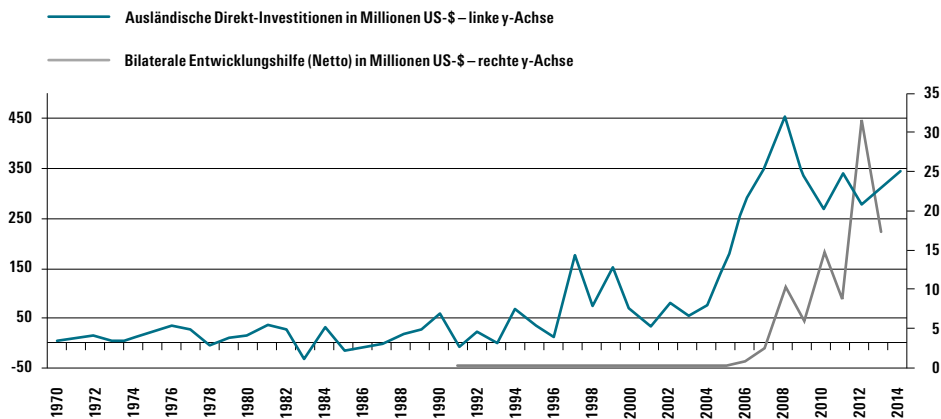
Wade hatte einen umfassenden Wandel versprochen. Dafür brauchte auch er die Unterstützung der Bruderschaften, vor allem der Mouriden, die etwa 4 Millionen AnhängerInnen zählen. Mit seinem Besuch bei Cheikh Mbacké, dem er als erster senegalesischer Präsident zu Füßen kniete, warb er als Repräsentant des laizistischen Staates ganz offen und für viele zu unterwürfig um die Unterstützung der islamischen Bruderschaften. Für die Umsetzung seines Reformprogramms mit dem Titel Omega-Plan, der ganz Afrika zum wirtschaftlichen Aufbruch verhelfen sollte, benötigte er aber neben dem Rückhalt der islamischen Bruderschaften vor allem eines: auslän-

disches Kapital. Wade suchte denn auch den Kontakt zur übrigen islamischen Welt, vor allem zu den reichen Investoren am Golf, und richtete 2008 die 11. Konferenz der Islamischen Staaten in Dakar aus, auf der 57 Länder vertreten waren.

Mit China kam er 2005 ins Geschäft. Bis dahin hatte die Anerkennung Taiwans die Beziehungen zum Reich der Mitte, dem wichtigsten Handelspartner Afrikas, gestört. Mehr Hilfen wollte er aber auch von den westlichen Ländern. Dafür beteiligte sich Wade an der Initiative des damaligen Präsidenten Südafrikas Thabo Mbeki namens NEPAD (New Partnership for Africa's Development; dt. Neue afrikanische Entwicklungsinitiative). Wade profitierte aber auch von der schon Mitte der 1990er Jahre einsetzenden Politik der Schuldenerleichterung (HIPIC) vonseiten der Weltbank und des IWF, die auf die Proteste gegen die sozialen Folgen der Austeritätspolitik reagierten und dem Senegal sowohl Schulden strichen als auch neue Kredite ermöglichten. 2005 hatte sich die finanzielle Lage des Landes so weit verbessert, dass die senegalesische Regierung sogar wieder Staatsanleihen ausgeben konnte.

Wade gelang es auch, die Wirtschaft etwas zu diversifizieren. So gewann der Bergbau an Gewicht und macht heute einen Anteil von fast 30 Prozent an den Gesamtexporten aus. Mit den kürzlich entdeckten Ölvorkommen vor der Küste des Landes wachsen die Hoffnungen, dass nach dem Goldbergbau nun die Ölwirtschaft dem Land einen wichtigen wirtschaftlichen Impuls geben kann. Und schließlich verfügt der Senegal im Küstenabschnitt zwischen Dakar und Saint

Abbildung 4: Direktinvestitionen – Nettozufluss in US-Dollar (1970–2014) und bilaterale Entwicklungshilfe von DAC-Ländern⁷ – Nettozufluss in US-Dollar (1989–2013)



Quelle: World Bank 2016

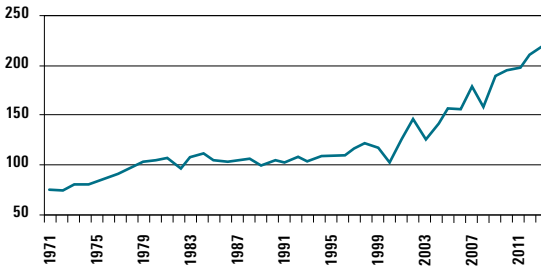
Louis über große Vorkommen an seltenen Metallen der Titangruppe, die ebenfalls ausländische Investoren anlocken. Der Abbau natürlicher Ressourcen trägt jedoch wenig zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei; darüber hinaus kommt es nicht selten zu Landnutzungskonflikten mit der weit arbeitsintensiveren Landwirtschaft.

Der Bürgerkrieg in der Elfenbeinküste (2002–2007) beeinflusste die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ebenfalls. Die Stadt Dakar, die in den 1960er Jahren gegenüber Abidjan, dem größten städtischen Ballungsraum der Elfenbeinküste, an Bedeutung verloren hatte, profitierte von der Entscheidung vieler internationaler Organisationen und Unternehmen, aus Sicherheitsgründen von Abidjan nach Dakar umzuziehen. Mit der neuen Stabilität in der Elfenbeinküste könnte dieser Sondereffekt nun enden. Dakars

Bauboom hat aber noch andere Ursachen. Neben Investitionen des Staates treiben ihn vor allem die Rücküberweisungen von MigrantInnen an, die im Jahr 2011 fast eine Billion CFA-Franc (ca. 1,5 Milliarden Euro bzw. 14 Prozent des BIP) ausmachten. Und auch Gelder aus dem illegalen Geschäft mit Drogen, die aus Südamerika über Westafrika nach Europa und aus Asien über Westafrika in die USA gelangen, tragen zum Boom der Bauwirtschaft bei, da die errichteten Gebäude der Geldwäsche dienen.

Der neue Flughafen von Dakar mag bis heute nicht in Betrieb sein, doch Präsident Wade gelang eine eindeutige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des Landes. Der stark wachsende Strom-

⁷ Das Development Assistance Committee (DAC; dt. Ausschuss für Entwicklungshilfe) ist das wichtigste Organ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

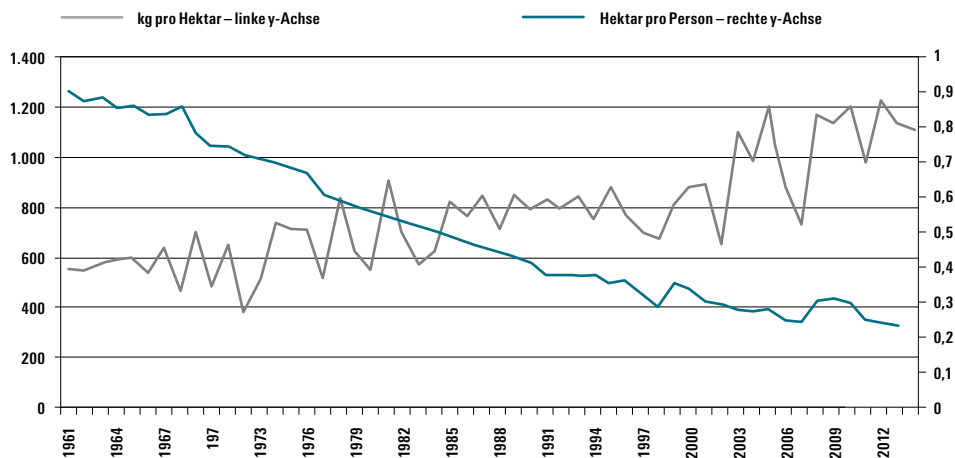
Abbildung 5: Stromverbrauch in kWh pro Kopf (1971–2013)


Quelle: World Bank 2016

verbrauch seit dem Jahr 2000 zeigt vielleicht genauer als andere Indikatoren, dass der Senegal die lange Zeit der Stagnation und der Krisen hinter sich gelassen hat (siehe Abbildung 5). Doch die Erfolge können die großen Probleme nicht überdecken. Die Landwirtschaft kann trotz höherer Erträge in den vergangenen Jahren vielen Menschen im ländlichen Raum keine Perspektive bieten. Dort leben immer noch fast 60 Prozent der Bevölkerung, und die Armut ist weiterhin extrem hoch, denn die landwirtschaftlich nutzbare Fläche pro Person nimmt angesichts der rasch wachsenden Bevölkerung rasant ab (siehe Abbildung 6). Diese Entwicklung betrifft auch die Fischerei. Überfischung ist im Senegal vor allem hausgemacht. Die Abwanderung nach Dakar, wo heute etwa ein Viertel der senegalesischen Bevölkerung lebt, hält daher unvermindert an. Dort ballen sich die sozialen und infrastrukturellen Probleme immer mehr, da sich die vor der ländlichen Armut geflohenen Menschen zumeist nur mit Gelegenheitsjobs durchschlagen können. Zudem wird bezahlbarer Wohnraum in Dakar und Umgebung immer knapper.

Der 2012 an die Macht gekommene Präsident Macky Sall setzt die (Wirtschafts-) Politik seines Vorgängers fort. Ebenso wie Wade verfolgt Sall eine Investitionspolitik der offenen Türen. Senegals wichtigster wirtschaftlicher Partner bleibt einstweilen Frankreich. Paris hilft mit über 100 Millionen Euro Entwicklungshilfe pro Jahr; französische Unternehmen bleiben mit einem Anteil von 40 Prozent die größten Investoren. Eines der wichtigsten Projekte, an dem die französische Entwicklungsagentur beteiligt ist, ist der Bau der Schnellbahnverbindung zwischen der Innenstadt von Dakar und dem neugebauten Flughafen, der 2017 in Betrieb gehen soll. Zudem soll unweit von Dakar eine Retortenstadt entstehen, die bereits unter Wade geplant wurde, um die aus den Nähten platzende Hauptstadt zu entlasten. Neben Frankreich ist China weiterhin ein wichtiges Geberland des Senegals. Allein das Ende 2015 vorgestellte Projekt der Erneuerung der Eisenbahnstrecke Dakar–Kidira beläuft sich auf 1,15 Milliarden Euro. Und auch die islamischen Länder, allen voran die Türkei, bleiben für den Senegal wichtig. In Dakar unterhält Ankara ein Regionalbüro für die

Abbildung 6: Getreideproduktion in kg pro Hektar (1961–2014) und landwirtschaftliche Fläche in Hektar pro Person (1961–2013)



Quelle: World Bank 2016

staatliche Entwicklungshilfe und plant den Bau einer neuen, großen Botschaft. Zudem werden türkische Unternehmen den neuen Flughafen fertigstellen.

Salls Modernisierungsprojekt heißt «Plan Sénégal Emergent», und bislang hält seine Politik das Land auf Wachstumskurs, was sich der Präsident hoch anrechnet angesichts dessen, dass viele afrikanische Länder in jüngster Zeit erneut in wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, sodass einige afrikanische Regierungen wieder um Finanzhilfen beim IWF nachsuchen mussten. Senegals Wirtschaftswachstum von über 6 Prozent pro Jahr ist so hoch wie zu keiner Zeit seit der Unabhängigkeit, obgleich KritikerInnen auf die auch im Senegal steigende Schuldenlast verweisen, denn auch das senegalesische Wachstum basiert zum Teil auf billigem Geld. Doch weder Wade

noch Sall haben es in den letzten 16 Jahren vermocht, die Abhängigkeit des Senegals vom Ausland zu verringern. Von einer Industrialisierung und einer Integration in die regionale Wirtschaft ist das Land weit entfernt. Senegals postkoloniale Ökonomie bleibt auf dem Entwicklungspfad, der mit dem Kolonialismus begann. Die Funktionsweise des Staates bleibt die eines Gatekeepers. Das Machtarrangement zwischen Staat und islamischen Bruderschaften besteht fort, auch unter Macky Sall, der in seinem Wahlkampf laizistische Töne anschlug, aber als Präsident – wie seine Vorgänger auch – die Nähe zu den Marabouts sucht, um die Gesellschaft weiter stabil zu halten.

Die seit den 1980er Jahren gewachsene Kluft zwischen Staat und Gesellschaft besteht trotz neuen Wachstums fort, da dessen Früchte die vielen abgehängten und in Massen auf den Arbeitsmarkt

strömenden jungen Menschen nicht erreichen. Die einst reibungslos funktionierende Kontrolle der senegalesischen Gesellschaft durch islamische Marabouts einerseits und Parteisekretäre andererseits gehört der Vergangenheit an. Vor allem die junge Generation hat wenig Vertrauen in den Staat und seine RepräsentantInnen. Und auch die Marabouts haben aufgrund ihrer Nähe zur Macht und ihrer Verstrickung in wirtschaftlich nicht selten undurchsichtige Geschäfte bei einem Teil der Menschen an Glaubwürdigkeit verloren. Proteste sind in der im Ausland als stabil erachteten Demokratie seit vielen Jahren nichts Ungewöhnliches. Seinerzeit wurde Wade mit Straßenschlachten wütender Jugendlicher aus dem Amt gedrängt. Zu Gewalt als politischem Mittel haben nun auch die Jugendlichen im Dakarer Stadtteil Ouakam gegriffen. Seit Monaten patrouilliert die Polizei in diesem Viertel, nachdem mehrmals Straßensperren errichtet und Feuer gelegt wurden, um gegen ein lokales Bauprojekt und die allgegenwärtige Korruption zu protestieren.

In der urbanen Gesellschaft der Metropole Dakar, wo in der Medien- und Modeindustrie, in der Werbebranche und bei Finanzdienstleistern mit dem Wachstum neue Arbeitsplätze entstanden sind, findet man die «neue Mittelklasse» Afrikas. Von ihr erwartet man einen positiven wirtschaftlichen Effekt, gar den Durchbruch zu einer nationalen Ökonomie, die die große Außenabhängigkeit des Senegals verringern könnte. Mit der neuen Mittelklasse wird aber auch die Hoffnung auf eine bessere Regierungsführung und sogar auf eine Demokratisierung verbunden, denn ihr wird nachgesagt, dass sie es sei, die den Staat antreibe, ihre Steu-

ern effektiv für Schulen, Krankenhäuser und Straßen einzusetzen, und dass sie es sei, die politische Extreme verhindere. Doch wer zählt im Senegal zur Mittelklasse? Für die Afrikanische Entwicklungsbank liegt die Einkommensgrenze dafür bei 2,20 US-Dollar pro Tag (ganz Afrika). Eine Studie des Handelshauses CFAO bemisst die Grenze bei 4,80 US-Dollar beim westafrikanischen Nachbarn Elfenbeinküste. Dort wären nach diesem Richtwert 1,8 der 20 Millionen Menschen zur Mittelklasse zu zählen. In einer Stadt wie Dakar mit hohen Preisen für Wohnungen und Nahrungsmittel muss man nach Ansicht des senegalesischen Verbraucherverbandes zwischen 10 und 20 US-Dollar pro Tag (300 bis 600 US-Dollar im Monat) verdienen, um zur Mittelklasse gezählt zu werden.

Wie in der Elfenbeinküste dürften im Senegal weniger als 10 Prozent der Bevölkerung, also etwa eine Million Menschen der 14 Millionen EinwohnerInnen, zur Mittelklasse zählen, von denen die Mehrheit (88 Prozent) in Dakar lebt. Dies ist ein bei Weitem zu kleiner Teil der Bevölkerung, als dass von ihm im Geflecht von Parteien und islamischen Bruderschaften, die beide die senegalesische Gesellschaft mit ihren Klientelbeziehungen durchziehen, sowie (internationalen) NGOs, die in den vom Staat vernachlässigten Bereichen präsent sind, eine Modernisierung oder gar eine Demokratisierung des Staates erwartet werden könnte. Und dann ist vor allem eines zu bedenken: Senegals kleine Mittelklasse findet sich in Dakar und mag dort wachsenden Einfluss geltend machen können, doch auf dem Land, wo immer noch mehr als die Hälfte der Menschen leben, kann von einer Mittelklasse keine Rede sein.

«Sie reden, doch es hat keine Folgen», hört man die Menschen im Senegal häufig entnervt sagen, wenn sie über ihre PolitikerInnen sprechen. Ihnen werfen sie leere Versprechungen und Untätigkeit vor, denn an den Problemen der Menschen, an ihrer Armut und Perspektivlosigkeit ändert sich trotz aller schönen Worte – den Versprechungen in den Sonntagsreden und in von Technokraten ersonnenen Plänen für einen Aufstieg des Landes – kaum etwas. Die Enttäuschung über das Versagen der Politik, über die Abwesenheit des Staates und seiner RepräsentantInnen als Problemlöser im Alltag der Menschen ist groß, doch die Mehrheit der WählerInnen übt dennoch ihre demokratischen Rechte aus. Die Wahlbeteiligung ist hoch und auch das starke bürgerliche Engagement, die Solidarität mit den Schwachen der Gesellschaft, die sich an den vielen Initiativen und Basisgruppen im Land ablesen lässt, zeugt von einer Kultur der gesellschaftlichen Sorge.

Bleibt der Senegal also weiter politisch stabil, trotz aller wirtschaftlichen und sozialen Probleme? Auf den Leserbriefseiten der senegalesischen Presse finden sich Stimmen, die zur Sorge Anlass geben. Soziale Probleme und Veränderungsprozesse, die mit dem Einzug der Moderne, den kapitalistischen Wirtschaftsverhältnissen und veränderten Sinnvorstellungen über ein gutes Leben einhergehen, werden nicht selten als gefährliche westliche Einflüsse gebrandmarkt. In populistischer Manier wird gleich der ganze demokratische Rechtsstaat als etwas Fremdes dargestellt, der die «wahren» Wünsche der Menschen nicht erfülle, da er sich im Namen einer

falsch verstandenen Gleichheit zum Anwalt «westlicher» Konzeptionen der Lebensführung, vor allem der sexuellen Orientierung, mache. Homosexualität, aber auch Individualismus gelten vielen als «unsenegalesisch» und «unislamisch», und man müsse sie bekämpfen.

Doch auch die traditionellen Repräsentanten des Islam, die nicht selten an der Spitze der Verteidiger «senegalesischer» und «islamischer» Werte stehen, sind vor Angriffen nicht gefeit, denn den islamischen Bruderschaften wird im Senegal wegen ihrer historischen Nähe zum Kolonial- und Postkolonialstaat bzw. ihren RepräsentantInnen sowie wegen der Verwicklung einiger Marabouts in illegale Geschäfte von salafistischen Predigern «unislamisches/unreines» Verhalten vorgeworfen. Die – noch – frankofone und laizistische politische Elite reagiert auf die Diffamierung des postkolonialen Staates als «fremd» mit einer Wolofisierung der Gesellschaft. Französisch ist zwar die Amtssprache, doch in den Medien, zumal im Fernsehen und im Radio, genießt Wolof einen immer größeren Stellenwert. Und auch die Nähe zu traditionellen islamischen Autoritäten wird von der politischen Elite des Landes, die eigentlich einem säkularen Staatsverständnis anhängt, immer offener gesucht: wenn sich etwa Präsident Macky Sall mit den Führern der Sufi-Bruderschaften trifft und vor ihnen als Zeichen seiner Ehrerbietung in die Knie geht. Bei der Veröffentlichung eines Fotos dieses Besuches wird selbstverständlich darauf hingewiesen, dass es sich um einen Privatbesuch des Präsidenten gehandelt habe, um damit dem säkularen Selbstverständnis des Staates Genüge zu tun.

Auf den «Wir-sind-anders-Diskurs» der zumeist islamischen Moralwächter reagiert der Staat defensiv, so im Falle des Verfassungsreferendums, in dem die Frage nach einer möglichen Legalisierung der Homosexualität hohe Wellen schlug, sodass der Präsident diesen «Befürchtungen» öffentlich widersprach. Das hat auch damit zu tun, dass die Regierenden im Kampf gegen die islamistische Radikalisierung und den Terror in der Region auf die traditionellen islamischen Führer setzt. Sie sollen vor Ort und im Land die Bevölkerung unter Kontrolle halten und die Salafisten marginalisieren. Manchmal machen sich staatliche RepräsentantInnen aber auch zum Kollaborateur der Moralwächter. So im Fall der Rapperin Ramatoulaye Diallo alias Déesse Major. Diese wurde im Juni 2016 für drei Tage auf einer Polizeiwache festgehalten, nachdem einige Organisationen – unter anderem das «Comité de défense des valeurs morales au Senegal», «Mouride Action» und «Front islamique de défense des valeurs éthiques et morales» – sie wegen eines Videos auf ihrer Facebook-Seite angezeigt hatten, das die junge Sängerin in enger Bekleidung zeigte. Dieses die Moralvorstellungen offenbar beleidigende Video sei Ausdruck «einer Bedrohung der senegalesischen Jugend durch eine kulturelle Aggression ohnegleichen».⁸ Einige Monate zuvor waren fünf Mädchen ins Gefängnis geworfen worden, als sie in einer Bar in Dakar gemeinsam Geburtstag feierten. Ihnen warf man vor, lesbisch zu sein.⁶ Die Hauptgefahr für die Demokratie im Senegal geht aber nicht von den Extremen aus, sondern vom Staat selbst und seinen RepräsentantInnen. Die Abschöpfung der Ressourcen durch die Regierenden mag in guten Zeiten, wie gerade jetzt,

auch für mehr Infrastrukturausgaben und eine Sozialpolitik, gar eine nationale Krankenversicherung reichen, doch ohne eine Revolutionierung des Staates zu einem Entwicklungs- und Rechtsstaat wird die Demokratie im Senegal keinen Bestand haben. Die koloniale Regierungsweise, der Gatekeeper- oder Minimalstaat, dessen eigene Aufgaben – wie etwa die Versorgung der Straßenkinder, die Ausstattung der Klassenzimmer oder ganzer Hospitäler – nicht selten von Nichtregierungsorganisationen übernommen werden, gefährdet die Zukunft des Landes immer mehr. Die neuen Infrastrukturprojekte – der neue Flughafen, neue Schnellstraßen oder die geplante Schnellbahnverbindung – sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Teile des Plans für einen «Senegal emergent» nur einer kleinen Minderheit im Land zugutekommen. Die große Mehrheit des Landes kann sich schon jetzt die Maut für die Autobahn nicht leisten und steht daher auf den verstopften Nebenstraßen im Stau oder muss in Eigenregie die Straßen reparieren, wenn der letzte Regenguss die Sandpisten unpassierbar gemacht hat. Die Regierenden im Senegal müssen endlich beginnen, ihren Weg der Entwicklung selbst zu bestimmen, und damit aufhören, falschen Vorbildern nachzueifern. Senegals Aufstieg hängt viel weniger von glitzernden Fassaden und Schnellzügen ab als von einer Wiederbelebung der Landwirtschaft. Die Regierenden müssen auch damit beginnen, die Verfassungsprinzipien und Gesetze gegen gesellschaftliche Widerstände durchzusetzen, denn die Bevölkerung bedarf eines Staates, der mehr ist als nur ein Gatekeeper. Sie braucht einen Staat,

⁸ L'Observateur, 20.6.2016. ⁶ Vgl. «Cachez-moi ce sein que ... j'ai cherché à voir!», in : Le Quotidien, 20.6.2016.

der plant und regelt. Die Durchsetzung der Schulpflicht ist ein Beispiel dafür. Sie sollte nicht nur auf dem Papier stehen und sie sollte für alle Kinder gelten – auch für die Straßenkinder, die unter dem Deckmäntelchen «Koranschüler» (Talibés) zu Tausenden in den Straßen Dakars tagein, tagaus für Marabouts betteln gehen. In einer Gesellschaft, in der islamische Bruderschaften einen großen Einfluss haben, ist die Kritik an Praxen, die mit islamischen Traditionen in Verbindung stehen, schwierig. Doch der Staat kann sich gerade in der Schulpolitik kaum länger seiner Verantwortung entziehen, denn wie anderswo auch gedeiht der Extremismus nur dort, wo er die entsprechenden gesellschaftlichen Bedingungen vorfindet. Die Perspektivlosigkeit Tausender junger Menschen gehört sicher zu diesen Bedingungen, zumal sie auf eine Haltung in der Gesellschaft trifft, die den Staat, wenn nicht als fremd, so doch seine RepräsentantInnen als «Schmarotzer» ansieht.

Das senegalesische Staatswesen bedarf dringend einer Neuerfindung, die keinem bekannten Modell folgen kann, das schließt gerade auch die Frage der Säkularität ein. Die gegebenen gesellschaftlichen Kräfte, zu denen allen voran die mächtigen islamischen Bruderschaften zählen, sind und bleiben konstitutiv für Gesellschaft und Staat und müssen daher ihren Platz in einer neuen Ordnung finden. Der Kolonialstaat als Gatekeeper- und Minimalstaat ist dieser Revolution genauso aus dem Weg gegangen wie der postkoloniale Staat, den Krisen und Reformen seiner Autorität und Legitimität beraubt haben.

Nicht nur an innerer Souveränität muss der Staat gegenüber den gesellschaftlichen Kräften und ihren Partikularinter-

sen dringend an Autonomie gewinnen, will er die ihn bedrängenden Herausforderungen bewältigen. Vor allem die demografische Entwicklung haben der Senegal und die anderen Länder der Region zu fürchten, denn die Bevölkerungszahl wird sich in den nächsten 20 Jahren verdoppeln, ohne dass ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen werden.

Auch an äußerer Selbstbestimmung mangelt es dem postkolonialen Staat weiterhin. Mehr als 50 Jahre nach dem Ende des Kolonialismus, der in Westafrika eine Kleinstaaterei zurückgelassen hat, die die ehemaligen Kolonialmächte mit ihrem Klientensystem (auch als *Françafrique* bekannt) überzogen, um ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen auch nach dem Ende des Kolonialismus zu schützen, ist eines klar: Eine tragfähige Wirtschaft lässt sich national, in einer von größter Ungleichheit gekennzeichneten Weltwirtschaft, in der Afrika zumeist nur seine Ressourcen der Welt überantwortet, nicht aufbauen. Die Regierenden in Dakar und anderswo in Westafrika können sich nicht länger an das nationale Gatekeeping klammern. Sie sind mehr denn je gefordert, bestehende wirtschaftliche und politische Integrationsschritte (ECOWAS – Economic Community of West African States; Währungsunion) auszubauen und zu vertiefen, um über diesen Weg ihr je historisch gewachsenes Verhältnis der Abhängigkeit zur Welt zu verändern, um Souveränität, sprich Handlungsmöglichkeiten, zu gewinnen.

Die ausgehöhlt Souveränität des senegalesischen Staates hat im historischen Verhältnis des Senegals zur Welt seine Ursache. Neben dem Staat und den islamischen Bruderschaften, deren Netzwerkökonomie sich einerseits globalisiert

und andererseits mit dem Wachstum von Touba re-territorialisiert und so dem Staat und seinen FinanzbeamtlInnen den Zugriff erleichtert hat, haben sich mit den Krisen und Reformprogrammen weitgehend unkontrollierte nationale und internationale Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft breitgemacht. Multinationale Unternehmen, internationale NGOs und Geberorganisationen wie Weltbank und IWF sind mit ihren unzähligen Programmen und Plänen auf der Spielwiese namens Entwicklung und Modernisierung, ob im Zeichen von Omega oder Emergence, zu dominierenden Akteuren geworden. Diese Rekonfiguration des Regierens geschah auf Einladung des Staates, da dieser sich Entlastung und Einnahmen versprach, die die Regierenden nicht nur in Zeiten der Krise, wenn Ansprüche hoch und Mittel knapp sind, gern verteilen, um Einfluss und Macht zu sichern und zu mehren.

Von der zunehmenden Brüchigkeit des Islam-Wolof-Sozialvertrags profitieren auch die neuen Moralwächter, von denen wohl einige unter der schwarzen Fahne des Dschihad zum radikal Bösen bereit sind. Hoffnung auf eine demokratische Neuerfindung des senegalesischen Staates unter der bunten Trikolore machen die seit den 1990er Jahren zu beobachtenden städtischen Jugendbewegungen, die sich in kritischen Augenblicken – wie vor den Wahlen 2012 – zu Wort melden und über ihre eigenen Gruppeninteressen hinaus als junge BürgerInnen eine demokratische politische Kultur für ihr Land einfordern.

Dr. phil. Armin Osmanovic leitete von 2009 bis 2015 das Auslandsregionalbüro Südliches Afrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Johannesburg; seit Dezember 2015 ist er für die RLS in Westafrika.

Bayart, Jean-François: Africa in the World: A History of Extraversion, in: *African Affairs* 395, 2000, S. 217–267.

Birdsall, Nancy: Middle-Class Heroes. The Best Guarantee of Good Governance, in: *Foreign Affairs* März/April 2016.

Buggenhagen, Beth A.: Islam's New Visibility and the Secular Public in Senegal, in: Diouf, Mamadou (Hrsg.): *Tolerance, Democracy, and Sufis in Senegal*, New York 2013, S. 51–72.

Burgis, Tom: *The Looting Machine. Warlords, Oligarchs, Corporations, Smugglers, and the Theft of Africa's Wealth*, New York 2015.

Cooper, Frederick: *Africa since 1940 – The Past of the Present*, Cambridge 2002.

Cooper, Frederick: *Citizenship between Empire and Nation. Remaking France and French Africa, 1945–1960*, Princeton/Oxford 2014.

Diop, Momar-Coumba: Réforme économique et recompositions sociale, in: O'Brian, Donal Cruise/Diop, Momar-Coumba/Diouf, Mamadou (Hrsg.): *La construction de l'Etat au Sénégal*, Paris 2002, S. 63–82.

Diop, Momar-Coumba/Diouf, Mamadou: Léopold Sédar Senghor, Abdou Diouf, Abdoulaye Wade, et après?, in: O'Brian, Donal Cruise/Diop, Momar-Coumba/Diouf, Mamadou (Hrsg.): *La construction de l'Etat au Sénégal*, Paris 2002, S. 101–141.

Diouf, Mamadou: Culture politique et administrative et réforme économique, in: O'Brian, Donal Cruise/Diop, Momar-Coumba/Diouf, Mamadou (Hrsg.): *La construction de l'Etat au Sénégal*, Paris 2002, S. 49–61.

Diouf, Mamadou: Introduction: The Public Role of the «Good Islam»: Sufi Islam and the Administration of Pluralism, in: Diouf, Mamadou (Hrsg.): *Tolerance, Democracy, and Sufis in Senegal*, New York 2013.

Ellis, Stephen: *This Present Darkness. A History of Nigerian Organised Crime*, London 2016.

Freund, Bill: *The African City. A History*, Cambridge 2007.

Fukuyama, Francis: *Political Order and Political Decay. From the Industrial Revolution to the Globalization of Democracy*, London 2014.

Gning, Sadio Ba: Touba, le paradis fiscal piégé, in: Diop, Momar-Coumba (Hrsg.): *Le Sénégal sous Abdoulaye Wade. Le Sopi à l'épreuve du pouvoir*, Paris 2013.

Hibou, Béatrice: The «Social Capital» of the State as an Agent of Deception, in: Bayart, Jean-François/Ellis, Stephen/Hibou, Béatrice: *The Criminalization of the State in Africa*, London 1999, S. 69–113.

Kireyev, Alexei: *Inclusive Growth and Inequality in Senegal*, IMF Working Paper, Washington 2013, unter: www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2013/wp13215.pdf.

Mann, Gregory: From Empires to NGOs in the West African Sahel. The Road to Nongovernmentality, Cambridge 2015.

O'Brian, Donal Cruise: Les négociations du contrat social sénégalais, in: O'Brian, Donal Cruise/Diop, Momar-Coumba/Diouf, Mamadou (Hrsg.): La construction de l'Etat au Sénégal, Paris 2002.

Prause, Louise: Y'en a marre: Wer sind sie, wie mobilisieren sie und was fordern sie?, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 2/2012, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_international/Standpunkte_int_02-2012.pdf.

Prause, Louise: West Africa's Golden Future? Conflicts around Gold Mining in Senegal, Natural Resources 2/2016, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, unter: www.rosalux.sn/wp-content/uploads/2016/06/RLS_WestAfrica_NaturalResources_022016.pdf.

Sambe, Bakary: The Threat of Islamic Radicalization in Senegal – Interview with Bakary Sambe by Odile Jolys, International Politics/Africa and the World 4/2016, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, unter: www.rosalux.sn/wp-content/uploads/2016/03/Inter.Politics_The-world-and-Africa_04-Eng.pdf.

Tilly, Charles: Coercion, Capital and European States, AD 990–1992, Cambridge/Oxford 1992.

Villalon, Leonardo A.: Negotiating Islam in the Era of Democracy: Senegal in Comparative Regional Perspective, in: Diouf, Mamadou (Hrsg.): Tolerance, Democracy, and Sufis in Senegal, New York 2013.

World Bank: World Bank Open Data, unter: <http://data.worldbank.org>, 2016.

World Bank: World Development Report 1997. The State in a Changing World, New York 1997.

IMPRESSUM

ANALYSEN Nr. 28

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2951 · Redaktionsschluss: September 2016

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

**«Wie anderswo auch gedeiht
der Extremismus nur dort,
wo er die entsprechenden
gesellschaftlichen Bedingungen
vorfindet. Die Perspektivlosig-
keit Tausender junger Menschen
gehört sicher zu diesen
Bedingungen, zumal sie auf
eine Haltung in der Gesellschaft
trifft, die den Staat, wenn nicht
als fremd, so doch seine
RepräsentantInnen als
«Schmarotzer» ansieht. Das
senegalesische Staatswesen
bedarf dringend einer Neu-
erfindung, die keinem bekann-
ten Modell folgen kann.»**

ARMIN OSMANOVIC

